## Klaus Larres<sup>1</sup>

Queen's University (Belfast)

## MARGARET THATCHER, DAS BRITISCHE FOREIGN OFFICE und die Deutsche Vereinigung<sup>2</sup>

Recht abrupt beendete Helmut Kohl im August 1984 sein erstes längeres Treffen mit Margaret Thatcher. Zur großen Überraschung der in Kohls Urlaubsort am Wolfgangsee gereisten Premierministerin erklärte der Kanzler nach einem etwa einstündigen Gespräch, er habe noch eine weitere wichtige Verabredung und müsse sich daher leider verabschieden. Kurz darauf sichtete die "eiserne Lady" den fülligen Kanzler zu ihrer großen Empörung beim genußvollen Verzehren eines großen Stück Kuchens in einem der gemütlichen Kaffees St. Gilgens. Ähnliche Episoden, wie Kohls Unterbrechung des Redeflusses der Premierministerin während einer späteren Begegnung mit den Worten, sie habe nun genug geredet, jetzt sei er mal dran, trugen nicht zur Verbesserung ihrer persönlichen Beziehungen bei. Auch wenn diese Geschichten oftmals über die Jahre durch eine gute Portion Imagination angereichert worden sind, charakterisieren sie doch zutreffend das gespannte persönliche Verhältnisses zwischen Kohl und Thatcher. Hinzu kamen bald auch tiefe politische Differenzen über die Modernisierung der vor allem auf westdeutschem Boden stationierten Kurzstreckenraketen vom Typ Lance. Während der gesamten achtziger Jahre waren die deutsch-britischen Beziehungen schlecht.

Dies wurde insbesondere während der ereignisreichen Monate 1989/1990 deutlich. Thatcher machte unzweideutig klar, dass für sie die Wiedervereinigung nicht zur Debatte stehe. Auch nach dem Fall der Mauer am 9. November und Kohls 10-Punkte Plan vom 28. November 1989 wurde die Premierministerin nicht müde zu erklären, dass eine Veränderung der Grenzen in Europa nicht in Frage komme. Stattdessen sprach sie sich für den Erhalt der staatlichen Selbständigkeit einer demokratisierten DDR aus. Noch bis zum Frühjahr 1990, als selbst Michail Gorbatschow der Wiedervereinigung

<sup>1.</sup> Dr Klaus Larres is Jean Monnet Professor for European Foreign and Security Policy at the Queen's University of Belfast in Northern Ireland. During the academic year 2002-03 he is the HenryAKissinger Professor in Foreign Policy and International Relations at the Library of Congress in Washington, DC.

<sup>2.</sup> First published in Die Zeit, 29 Sept. 2000.

im Prinzip bereits zugestimmt hatte, lehnte Thatcher die Vereinigung nach wie vor ab. Stattdessen dachte sie laut über eine längere, 10-15jährige Übergangsphase nach und spekulierte über die Schwierigkeiten, die DDR in die EG einzugliedern. Auch befürwortete sie den mühseligen Mechanismus, die Zustimmung aller 35 KSZE-Staaten für die Wiedervereinigung einzuholen. Während Thatcher immer große Sympathien für die Dissidenten und Befreiungsbewegungen in Osteuropa gezeigt hatte, erwähnte sie kaum die entsprechenden Bewegungen in der DDR, auch reiste sie nie dorthin. Deutschland sollte geteilt bleiben.

Hinter dem großen Mißtrauen der Regierungschefin gegenüber dem nationalen Charakter der Deutschen und Thatchers Befürchtungen über die Entstehung eines vierten deutschen Reiches steckte natürlich mehr, als die unglückselige Beobachtung des kuchenverzehrenden Kanzlers am Wolfgangsee oder relativ kurzfristiger Ärger über politische Differenzen. Tatsächlich waren es tiefe persönliche und politische Überzeugungen, die Margaret Thatcher den Versuch wagen ließen, die deutsche Vereinigung zu verhindern, oder doch zumindest so lange wie möglich hinauszuschieben. Wie viele andere Probleme im britisch-deutschen Verhältnis ging auch Thatchers Mißtrauen auf ihre Erfahrungen während des Zweiten Weltkrieges zurück. Bei Ausbruch des Krieges war Margaret Roberts fast 14 Jahre alt. Ihre Heimatstadt Grantham war wegen der nahen Munitionsfabriken und des Flughafens der Royal Air Force Ziel von insgesamt 21 deutschen Bombenangriffen. Auch litt die Stadt unter regelmäßigen Nahrungs- und Stromengpässen. Vor allem waren es aber die patriotischen Erzählungen ihres Vaters und die verzweifelten Berichte des jüdischen Mädchens Edith, die Margaret sehr beeinflußten. Edith war die Tochter einer befreundeten Familie aus dem besetzten Wien und wurde während des Krieges von der Familie Roberts für einige Zeit aufgenommen. Sie berichtete über die schwierigen Lebensumstände der Juden unter den Nazis, die sie selbst erfahren hatte, aber auch von den schrecklichen Geschehnissen in den Lagern von denen sie gehört hatte. Beides hinterließ einen tiefen Eindruck auf die künftige Premierministerin.

Es beeinflußte ihr Denken auch nach dem Krieg, zumal beinahe ein Viertel der Wähler ihres späteren Wahlbezirks im Londoner Stadteil Finchley jüdischer Herkunft war. Viele von ihnen hatten während der Naziherrschaft aus Deutschland fliehen können. Als Thatcher sich 1959 erstmals um die Wahl zur Parlamentsabgeordneten für diesen Wahlbezirk bewarb, verabscheute sie aus wahltaktischen Gründen, aber auch aus persönlicher Überzeugung die teilweise offen antisemitische Politik der lokalen Konservativen Partei. Viele der führenden Köpfe der Partei waren etwa 1957 an der Entscheidung des Golfklubs von Finchley beteiligt gewesen, Juden die Mitgliedschaft in dem

Klub zu verweigern. Nachdem sie ihren Parlamentssitz gewonnen hatte kümmerte sich Thatcher intensiv um die Pflege des jüdischen Wählerpotentials in ihrem Wahlbezirk. Das blieb auch so als sie 1975 Edward Heath durch einen innerparteilischen Coup als Vorsitzenden der Tory Partei ablöste und 1979 Regierungschefin wurde. Sie zeigte sich immer besonders gut informiert über die Lage im Nahen Osten und hatte meist großes Verständnis für die Politik Israels. Ungeachtet der traditionell proarabischen Tendenzen der britischen Politik war es auch Frau Thatcher, die 1986 als erste britische Regierungschefin Israel einen offiziellen Besuch abstattete.

In den achtziger Jahren und 1989/1990 waren daher Thatchers Ansichten über Deutschland stark geprägt vom Holocaust und ihren Erfahrungen mit dem Finchleyer Wahlbezirk. Hinzu kamen Thatchers übergroßer Patriotismus, ihr tiefer Glaube an den Wert der engen anglo-amerikanischen 'special relationship' und ihre Auffassung von der bedeutenden Rolle, die Großbritannien nach wie vor auf der politischen Weltbühne spielte. Thatchers europapolitische Überzeugungen heizten ihr Mißtrauen gegenüber den Deutschen weiter an, schienen diese doch versessen auf einen föderalen europäischen Superstaat zu sein. Thatcher hielt eine enge ökonomische Zusammenarbeit der europäischen Staaten auf der Basis eines Europas der souveränen Vaterländer durchaus für sinnvoll; eine politische Union Europas lehnte sie jedoch aus innerer Überzeugung ab. Im Grunde verfolgte Thatcher eine Churchillsche Außenpolitik, die nach wie vor an dem alten Konzept des Gleichgewichts der Mächte festhielt, sich vor allem an den USA orientierte und die Pflege bilateraler Verbindungen für besonders wichtig hielt. Daher stellte das nordatlantische Bündnis und keinesfalls die EG Thatchers ideale zwischenstaatliche Organisation dar. Die NATO beruhte schließlich nicht auf einem supranationalen Fundament und statt wie die EG Washington durch handelspolitische Divergenzen zu verärgern, band das Bündnis die USA an das sicherheitspolitische Schicksal Europas. Daneben vermochte Großbritannien, das in den 70er und 80er Jahren nur eine Außenseiterposition in der EG einnahm, in enger Kooperation mit der Supermacht USA in der NATO eine hervorgehobene Rolle zu spielen.

Doch die Premierministerin scheiterte mit ihrem aus tiefer Überzeugung unternommenen Versuch, den Status quo des Kalten Krieges und damit die Teilung Deutschlands aufrechtzuhalten. Dafür waren im wesentlichen drei Faktoren ausschlaggebend: der mangelnde Rückhalt, den Thatcher für ihre Haltung in der Öffentlichkeit Großbritanniens und bei den britischen Parlamentariern fand; die vorausschauende und Thatchers Haltung unterminierende Politik der USA und dann auch Frankreichs und der UdSSR; und nicht zuletzt die Aktivitäten der außenpolitischen Experten im Londoner Foreign and Commonwealth Office.

Im Großen und Ganzen stand die öffentliche Meinung in Großbritannien der Wiedervereinigung positiv gegenüber. Ungeachtet eines aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit in weiten Bevölkerungskreisen verbreiteten Mißtrauens gegenüber den Deutschen, hatten viele Briten großes Verständnis für den Wunsch nach der Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands. Unter dem Eindruck des Mauerdurchbruchs am 9. November 1989 befürworteten gar 71 Prozent der befragten Briten die Wiedervereinigung. Trotz der antideutschen Warnungen der Premierministerin waren es im Durchschnitt während des Jahres 1990 immer noch eindrucksvolle 61 Prozent der Bevölkerung die die Vereinigung begrüßten. Gleichzeitig hegten jedoch beinahe die Hälfte aller Briten (vor allem Angehörige der älteren Generation) Befürchtungen in bezug auf die ökonomische Potenz eines wiedervereingten Deutschlands. Manche fürchteten auch die Wiederkehr von faschistischen Tendenzen in der deutschen Politik. Eine ähnliche Zustimmung zur Wiedervereinigung bei gleichzeitigem Unbehagen über deren Folgen für Großbritannien charakterisierte die Debatten im Oberund Unterhaus. Die große Mehrheit der britischen Parlamentarier (einschließlich eines Großteils der älteren, vom Krieg geprägten Abgeordneten) zeigte sich von der veränderten politischen Kultur der Bundesrepublik und dem fest verankerten demokratischen Charakter des westdeutschen Systems überzeugt. Auch war die Meinung weit verbreitet, dass die fortwährenden Beteuerungen der drei Westalliierten während der letzten 40 Jahre, die Wiedervereinigung anzustreben, nun eingelöst werden müßten. Ansonsten würde die eigene Glaubwürdigkeit und das freundschaftliche Verhältnis mit den Deutschen aufs Spiel gesetzt. Während unter den Parlamentariern große Übereinstimmung herrschte über die Notwendigkeit des Verbleibs des vereinigten Deutschlands in der NATO, wurde die Intensivierung des europäischen Integrationsprozesses abgelehnt. Nur eine kleine Minderheit der Abgeordneten war davon überzeugt, dass das erwartete größere Machtpotential des neuen Deutschlands durch einen noch engeren Zusammenschluß der Europäischen Gemeinschaft neutralisiert werden könnte.

Zusammen mit dem Verbleib des wiedervereinigten Deutschland in der NATO, dem selbstverständlich auch Thatcher zustimmte, war die Vertiefung der europäischen Integration aber gerade die Lösung, die dem amerikanischen Präsidenten Bush und dem französischen Staatschef François Mitterrand vorschwebte. Der potentiellen Destabilisierung der europäischen Nachkriegsordnung durch die deutsche Wiedervereinigung sollte so der Stachel gezogen und zugleich Deutschlands Nachbarn beruhigt werden. Zu-

dem erkannte George Bush im Dezember 1989, dass die im Sommer und Herbst 1989 von der ostdeutschen Bevölkerung vorangetriebene Entwicklung unaufhaltbar auf die deutsche Wiedervereinigung hinauslaufen würde. Statt Gegenwehr zu leisten und sich die nachhaltige Verärgerung der Deutschen einzuhandeln, ohne dann doch am Ergebnis etwas ändern zu können, beschlossen zuerst Bush und seine Berater—und dann im Januar/Februar 1990 auch Mitterrand und der sowjetische Präsident Gorbatschow—gute Miene zum nicht veränderbaren Spiel zu machen. Während die USA wohl die einzige Macht waren, die die Wiedervereinigung tatsächlich befürworteten, mußten Mitterrand und Gorbatschow, aber auch Politiker in Ländern wie Polen und den Niederlanden, ihre große grundsätzliche Skepsis und prinzipielle Ablehnung der Wiedervereinigung erst überwinden.

Thatcher war das Überspringen des eigenen ideologischen Schattens nicht möglich. Ihr Denken bewegte sich dazu in einem viel zu starren und visionslosen, vom Kalten Krieg bestimmten Rahmen. Zugleich erlaubte es ihr europapolitisches Unverständnis und ihr falsch verstandener britischer Patriotismus ebenfalls nicht, der Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zu einer echten Europäischen Union zuzustimmen. Bush handelte sich durch seine ganz andere Politik die Neubelebung der tiefen Dankbarkeit und Verbundenheit der Deutschen für sein Land ein. Gorbatschow erhielt erhebliche finanzielle Leistungen und eine enorme persönliche Hochschätzung, die auch nach seinem Rücktritt anhielt. Mitterrands Preis für die französische Zustimmung zur Wiedervereinigung bestand vor allem in der schon im Dezember 1989 erfolgten Zustimmung Kohls zu der Realisierung der europäischen Währungsunion und damit möglicherweise dem Ende der deutschen monetären Dominanz in Europa. Dagegen verbohrte sich Thatcher viel zu lange in einer rein negativen Haltung bis ihr am Ende angesichts der Politik der USA, Frankreichs und der UdSSR nichts anderes übrig blieb als dann doch im Frühjahr 1990 einzulenken. Die britische Premierministerin hatte jedoch zu lange gezögert, um dafür noch eine Belohnung einfordern zu können. Erstmals sprach sie am 6. Februar 1990 in einer Parlamentsrede davon, dass die deutsche Vereinigung wohl kommen werde. Doch in der politischen Praxis versuchte sie weiterhin den Gang der Ereignisse zu verschleppen und in ein anderes Fahrwasser zu lenken. Insbesondere sorgte sie sich, dass Kohl nicht bereit sei, die polnische Westgrenze anzuerkennen.

Thatchers antideutsche Auffassungen wurden in der Öffentlichkeit besonders durch zwei Ereignisse Mitte 1990 bekannt. Die unglückselige Ridley-Affäre entzündete sich im Juli 1990 an einem Interview des damaligen Handels-und Industrieministers Nicholas Ridley. In recht unverblümten Worten hatte er erklärt, dass die Deutschen mittels der Finanzpolitik der Bundesbank

dabei seien, die Herrschaft in Europa zu übernehmen. Die Franzosen würden ihnen dabei wie willenlose Pudel folgen. Nur die Briten seien noch in der Lage, den deutschen Ambitionen Einhalt zu gebieten. Zudem scheute Ridley sich nicht, Helmut Kohl mit Hitler auf eine Stufe zu setzen. Trotz einiger vorsichtiger Versuche Thatchers, ihren Minister gegen die empörten Reaktionen auf seine Äußerungen in Schutz zu nehmen, mußte dieser schließlich zurücktreten. Inhaltlich stimmte Thatchers Denken jedoch weitgehend mit demjenigen Ridleys überein. Spätestens ihre 1993 veröffentlichen ungewöhnlich offenherzigen Memoiren bestätigten dies.

Fast gleichzeitig zur Ridley-Affäre wurde Mitte Juli 1990 ein geheimes Memorandum über ein Wochenendseminar in Chequers, dem Landsitz der Premierministerin, in die Öffentlichkeit lanciert. Es gibt Anhaltspunkte, die darauf hindeuten, dass in aller Wahrscheinlichkeit das britische Außenministerium für die Indiskretion verantwortlich zeichnete. Thatcher hatte Ende März 1990 eine Handvoll britischer und amerikanischer Historiker eingeladen, um gemeinsam mit ihr und einigen Beratern die Wandlungen in der deutschen Politik und den nationalen Charakter der Deutschen zu analysieren. In dem von Thatchers engem Vertrauten Charles Powell angefertigten resümierenden Papier wurde eingeräumt, dass nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein radikaler Kurswechsel in der deutschen Politik stattgefunden habe. Doch schreckte der Verfasser nicht davor zurück, den unveränderten deutschen Nationalcharakter wie folgt zu definieren: aggressiveness, assertiveness, bullying, egotism, excessive exaggerations, inferiority complex, self-pity, sentimentality. Trotz beschwichtigender Verlautbarungen, dass es sich bei dem Memorandum um eine Simplifizierung der Seminardiskussionen gehandelt habe, konnte der antideutsche Gehalt des Memorandums nicht übersehen werden. Auch die Anmaßung der britischen Premierministerin überhaupt solch ein Seminar über ein Großbritannien freundschaftlich verbundenes Land abzuhalten wurde heftig kritisiert.

Doch Thatchers Bemühungen waren vergeblich. Im September 1990 wurde das während der 'Zwei-plus-Vier'-Gespräche ausgearbeitete Abschlußdokument in Moskau unterzeichnet womit die vier alliierten Mächte, einschließlich Großbritannien, ihre Rechte und Pflichten für Deutschland und Berlin aufgaben. Thatchers Einlenken wurde nicht zuletzt auch durch die Politik ihres eigenen Außenministeriums beeinflußt, dem die Premierministerin auf Grund seiner vermuteten proeuropäischen Tendenzen zutiefst mißtraute. Tatsächlich standen Außenminister Hurd und die Diplomaten in der Londoner King Charles Street der deutschen Wiedervereinigung deutlich aufgeschlossener gegenüber als die Premierministerin. Insbesondere waren sie in ihren Äußerungen wesentlich konzilianter als die oftmals recht respektlose

und rüde Frau Thatcher. Bereits im Oktober 1989, also noch vor dem Fall der Mauer, gelangten viele der britischen Außenpolitiker zu der Überzeugung, dass die deutsche Wiedervereingung nicht zu verhindern sei. London sollte seinen Einfluß nutzen, die Ereignisse mittels formaler Diskussionsforen der Vier Mächte zur Regelung der äußeren Aspekte der Wiedervereinigung in geordnete Bahnen zu lenken. Die kurze Wiederbelebung des Alliierten Kontrollrats in Berlin am 11. Dezember 1989, die auf so viel Kritik in Bonn stieß, und dann die in Ottawa Mitte Februar 1990 vor allem auf Initiative der USA erfolgte Institutionalisierung der 'Zwei-plus-Vier'-Gespräche entsprach diesem Bestreben. Am 22. Februar erklärte Außenminister Hurd im House of Commons, die britische Regierung sei froh, dass die Zeit der deutschen Teilung zu Ende gehe. Das Foreign Office hoffte mit Hilfe des 'Zwei-plus-Vier'-Prozesses, eine möglichst umfassende Lösung der deutschen Frage erreichen zu können. Dazu gehörten Grenzregelungen, wie die Bestätigung der Oder-Neiße Grenze, aber auch die Frage des uneingeschränkten Verbleibs eines vereinten Deutschlands in der NATO. Wie Thatcher und die meisten britischen Parlamentarier sah auch das Außenministerium letzteres als unbedingt notwendig an. Ohne Deutschland war die weitere Existenz der NATO und damit die Anbindung der USA an Europa kaum zu gewährleisten. Nur mit größtem Widerwillen stimmte London im September 1990 einem befristeten Kompromiß über die Nichtstationierung von NATO-Truppen und der recht eingeschränkten Abhaltung von NATO-Manövern auf dem Territorium der ehemaligen DDR zu. Thatcher hatte sich gegenüber Präsident Bush für den unbefristeten Verbleib von sowjetischen Truppen in Ostdeutschland ausgesprochen.

Es galt natürlich auch, die Entwicklung eines neutralen Deutschlands zu verhindern, so wie es zeitweise nicht nur von Gorbatschow, sondern auch von Teilen der SPD und vielen der ostdeutschen Demonstranten propagiert wurde. Gemäß dem berüchtigten 'Rapallo-Komplex' befürchtete man im Londoner Außenministerium und in Downing Street das Zustandekommen einer bilateralen deutsch-sowjetischen Verständigung und die Entstehung eines Machtvakuums in der Mitte Europas. Wie die Premierministerin hielt das Foreign Office auch nicht viel von der Vertiefung der EG und der Entwicklung einer einheitlichen europäischen Währung. Stattdessen sprach man sich für die Erweiterung der EG nach Osteuropa aus; der Zugang neuer Mitglieder sollte eine supranationale Vertiefung der EG verhindern helfen. Es gab also durchaus bedeutende Übereinstimmungen zwischen dem Außenministerium und der Regierungschefin.

Das Foreign Office divergierte mit der Premierministerin jedoch in einem entscheidenden Punkt. Während Thatcher lange überzeugt war, dass

Moskau niemals der Wiedervereinigung zustimmen würde, da dies die Position Gorbatschows in der sowjetischen Politik weiter schwächer würde, vertrat das Außenministerium eine ganz andere Meinung. Hier wurde schon sehr früh erkannt, dass in den westlichen Medien die emotionale Opposition der sowjetischen Bevölkerung gegen die Wiedervereinigung übertrieben dargestellt wurde. Das Foreign Office zog den Schluß, dass Gorbatschows Reformkurs und seine dramatische Annäherung an den Westen ihn letztlich dazu veranlassen würden, die DDR fallenzulassen. Schließlich hatte er keinerlei Sympathie für das Honecker-Regime, das gute Beziehungen zu seinen innenpolitischen Gegnern unterhielt. Wollte Gorbatschow seine internationale Glaubwürdigkeit nicht verlieren, konnte er es auch nicht wagen, Truppen nach Ostberlin zu schicken, um die Loslösung der DDR zu verhindern. Das britische Außenministerium setzte sich daher schon sehr früh für die volle Integration Moskaus in den institutionellen Rahmen zur Regelung der deutschen Frage ein. Dies sollte Gorbatschow die Entscheidung erleichtern, dem westlichen Modell der Wiedervereinigung zuzustimmen und ihm den Rücken gegenüber den hardliners in der sowjetischen Politik stärken.

Thatcher brauchte dagegen noch bis zum Frühjahr 1990 bis sie die dramatischen Entwicklungen in der sowjetischen Deutschlandpolitik erkannte. Der größere Realismus der britischen Außenpolitiker trug entscheidend dazu bei, dass Thatcher dann allmählich-nicht zuletzt unter dem Eindruck der Volkskammerwahlen in der DDR am 18. März—ihre Politik änderte und in den folgenden Wochen der Vereinigung widerstrebend zuzustimmen begann. Grundsätzlich befürwortete sie aber nach wie vor die Beibehaltung der deutschen Teilung, um die Entwicklung eines wiedererstarkten und damit gefährlichen Deutschlands zu verhindern. Hätte Thatcher die ökonomischen und sozialen Folgen der Wiedervereinigung und damit die ökonomische Schwächung der Bundesrepublik nach 1990 voraussehen können, wäre sie wohl den Ereingnissen von 1989/1990 weniger negativ gegenübergetreten; vielleicht hätte sie sie gar begrüßt. Bis zu ihrem Rücktritt im Dezember 1990 konnte Thatcher nicht ihre tiefe persönliche Abneigung gegen Helmut Kohl überwinden. Die "eiserne Lady" hatte ihm wohl immer noch nicht verziehen, dass er einmal den geruhsamen Verzehr eines Stückes Sahnekuchens dem aufreibenden Gespräch mit ihr vorgezogen hatte.

Eines aber haben beide Politiker gemeinsam: ihr einstmals hohes Ansehen in ihren jeweiligen Heimatländern ist stark gesunken. Während Helmut Kohl Prestige in Deutschland durch den nach wie vor nicht wirklich aufgeklärten Spenden- und Korruptionsskandal während seiner Kanzlerschaft stark gelitten hat, wird Thatcher für große innenpolitische Ver-

fehlungen verantwortlich gemacht. Der miserable Zustand des britischen Gesundheitssystem, der britischen Infrastruktur und des Bildungssystems des Landes wird allgemein auf die während ihrer Regierungszeit durchgeführten rapiden Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand zurückgeführt. Ende 1999 ließ Thatchers demonstrativer Besuch bei dem unter britischen Hausarrest stehenden ehemaligen chilenischen Diktator Pinochet, der ihr seinerzeit im Falklandkrieg geholfen hatte, selbst viele ihrer Bewunderer an der politischen Urteilskraft der ehemaligen Premierministerin zweifeln. Dies entspricht der Beurteilung von Thatchers Kurs in der Frage der deutschen Wiedervereinigung. Nur noch eine recht geringe Minderheit der britischen Bevölkerung ist von der Richtigkeit der Politik Thatchers 1989/1990 überzeugt.